

Ergebnisse und Perspektiven der Fachtagung – Ein Resümee

Im Folgenden werden die wichtigsten „Gelingensbedingungen“ für Gewaltprävention an Berliner Schulen genannt, wie sie sich während der Fachtagung, in den Methoden- und Kompetenz-Workshops sowie in den Beiträgen und Diskussionen herauskristallisiert haben. Dabei wurde eines deutlich sichtbar: Wenn die Berliner Schule ihre Rolle und Aufgabe als „Ort der Gewaltprävention“ wahrnehmen soll, dann darf die Zielgruppe der Maßnahmen und Programme nicht mehr nur die Schülerschaft sein – wie in der überwiegenden Zahl in der Tagungsdokumentation veröffentlichten Handlungsstrategien und Modelle -, sondern dann müssen auch die anderen in der und für die Schule Verantwortlichen zu Zielgruppen werden, insbesondere die Lehrkräfte, aber auch die Eltern sowie die Institutionen, die mit auffällig und straffällig gewordenen jungen Menschen befasst sind (sog. „Unterstützungssysteme“ wie Jugendhilfe, Polizei, Justiz) und nicht zuletzt auch die Schulpolitik.

Während die Schulpolitik die Rahmenbedingungen zu schaffen hat, die für das Gelingen schulischer Gewaltprävention unabdingbar sind, sind die Lehrkräfte zunehmend als ganz spezifische Zielgruppe von Interesse. Nämlich nicht mehr als Diejenigen, die den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule umfassend wahrzunehmen haben, deren methodische, didaktische und diagnostische Kompetenzen entsprechend verbessert werden müssen und die für Konfliktkultur und Schulklima (haupt)verantwortlich sind.

Zu den wichtigsten Voraussetzungen und Forderungen im Einzelnen:

1. Umfassende Wahrnehmung des Erziehungs- und Bildungsauftrages durch die Schule

Wenn die Berliner Schule gesellschaftliche Versäumnisse „reparieren“ und insbesondere soziale Entwicklungsdefizite von Kindern und Jugendlichen ausgleichen soll, dann ist es nicht damit getan, gewaltpräventive Programme als Zusatzangebote („Surplus“-Produkte) zum „normalen“ Unterricht anzubieten und es in das Belieben der jeweiligen Schule (und ihrer Lehrkräfte) zu stellen, ob solche „Angebote“ gemacht werden. Sondern dann müssen solche Maßnahmen im umfassenden Sinne wirklicher Schul-, Unterrichts- Organisations- und Personalentwicklung – eingeführt werden.

Dazu gehört, dass Handlungs- und Sozialkompetenz fördernde Maßnahmen in die Kerncurricula aufgenommen werden und genau so wichtig sind wie die fachbezogene Wissensvermittlung. In der schulischen und beruflichen Ausbildung darf zwischen der Vermittlung von Fachwissen und der Vermittlung von sozialen Kompetenzen nicht getrennt werden: Die umfassende Wahrnehmung des Erziehungs- und Bildungsauftrages der Schule ist eine Forderung, die aktueller ist denn je. Darin waren sich auch die Teilnehmer¹ der Abschlussdiskussion einig. (Büchner in der Tagungsdokumentation)

2. Verbesserung der Handlungskompetenzen der Lehrkräfte durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Wenn die Handlungskompetenz von Lehrkräften im Umgang mit (mehrfach-)auffälligen, aggressiven Schüler gestärkt werden soll, dann, so der Sozialpädagoge und AAT-Trainer, Roland Büchner von der Hans-Böckler-Schule, müssen ihre methodischen und erzieherischen Kompetenzen im Hinblick auf die Erkennung von Konflikten und die Reaktion auf Konflikte verbessert werden: „Es geht bei dieser Frage um ein neues Selbstverständnis der Pädagogen. Die Einflussnahme der Lehrkräfte gegen Aggression und Gewalt vorzugehen und ge-

¹ Zur einfacheren Lesbarkeit wird in den folgenden Ausführungen die männliche Form verwendet, auch wenn sowohl Schüler wie Schülerinnen, Lehrer wie Lehrerinnen usw. gemeint sind.

waltpräventiv zu handeln ist groß. Allerdings werden die Anforderungen zunehmend komplexer. Sie gehen weit über die Verantwortung der reinen fachbezogenen Vermittlung von Wissen hinaus. Lehrkräfte müssen gleichermaßen die persönlichen und sozialen Lernpotentiale entwickeln, d.h. den einzelnen Schüler in seiner ganz spezifischen individuellen Art und Weise wahrnehmen und fördern sowie ihn vor allem als jungen Menschen in seiner gesamten Persönlichkeit (mit seinen Schwächen und Stärken) akzeptieren. Diese Ausrichtung ist für viele Pädagogen häufig eine hohe Klippe, weil sie ihre bisherige Praxis sowie ihr Selbstverständnis überdenken und ändern müssen.“ (Büchner in der Tagungsdokumentation)

Eine Möglichkeit der Unterstützung der Schüler und der Entwicklung ihrer Handlungskompetenz sowie die Förderung der Eigenverantwortung ist der Einsatz von intensiven und „spezialisierten“ sozialen Trainingsprogrammen, wie sie auf der Fachtagung handlungsorientiert vorgestellt wurden.

Es sind mittlerweile für alle Zielgruppen der Schule solche Programme in hinreichender Zahl auf dem Markt. Der Informationsstand darüber, so hat die Tagung gezeigt, ist allerdings bei den Lehrkräften ebenso gering wie ihre Kompetenzen zur Nutzung dieser Programme. Die Durchführung qualifizierender Fort- und Weiterbildungen in der Gewaltprävention für Lehrkräfte erfordert curriculare Freiräume, die durch die weitgehende Festlegung der Unterrichtsinhalte und verbindliche Stundentafeln zur Zeit (noch) nicht gegeben sind.

3. Verstärkte Berücksichtigung schulischer Einflussfaktoren

Schulische Gewalt entwickelt sich keineswegs nur durch den Einfluss außerschulischer Faktoren – getreu dem Grundsatz „Alles Böse kommt von außen“ - , sondern auch im Rahmen von schulischen Einflussfaktoren, etwa solchen der Konfliktkultur und des Schulklimas. Gewalt wird nicht nur in die Schule hineingetragen, sondern wird auch durch die Struktur und die in ihr ausgeübten Handlungen und Maßnahmen mit verursacht und verstärkt. Die Konfliktkultur, die Art und Weise, in der Lehrpersonen ihre Beziehung zu ihren Schülern aufbauen und pflegen, hat Einfluss auf deren Sozialverhalten und kann gewaltmindernd wirken: Zwischen Elementen der Schul- und Konfliktkultur und der Schülergewalt bestehen deutliche Zusammenhänge (Büchner und Jetter-Schröder/Matzke/Negrelli in der Tagungsdokumentation).

4. Differenzierter Einsatz von Maßnahmen der schulischen Gewaltprävention

Maßnahmen der schulischen Gewaltprävention werden oft zu undifferenziert in den Schulen eingesetzt: Schulische Bedingungen, insbesondere schulformspezifische Einflussfaktoren und die sozialen Voraussetzungen der Schüler, so genannte herkunftsspezifische Einflussfaktoren, werden viel zu wenig berücksichtigt. Obwohl sich Negativkonstellationen wahrscheinlich potenzieren und den Erfolg der Maßnahmen beeinträchtigen können: Kinder, die nur eingeschränkte elterliche Unterstützung erfahren, besuchen Schulen, die dieses Förderungsdefizit nicht kompensieren können (umgekehrt erfahren Schüler aus förderungswilligen und –fähigen Elternhäusern dann noch eine zusätzliche Unterstützung durch eine leistungsstarke Schulstruktur).

Die Fachtagung machte auch deutlich, dass es nicht an geeigneten Konzepten fehlt, sondern an echtem Willen und ausreichenden Mitteln für die Umsetzung innovativer Programme und Handlungsansätze sowie die zielgerichtete, zielgenaue und fachliche Weiterentwicklung gewaltpräventiver Maßnahmen.

Gerade vor dem Hintergrund knapper werdender Mittel wird es wichtiger, die Mittel auf die „Schwierig(st)en“ zu konzentrieren und die flächendeckende Streuung zu vernachlässigen. Es müssen Qualitätsstandards beachtet und dann auch durchgesetzt werden: „Es reicht

nicht mehr aus, Hilfen allgemein anzubieten und jeden Studien- oder pädagogischen Tag sowie Fortbildungsangebote, die ihre Alltagstauglichkeit nicht nachgewiesen haben und sich undifferenziert an alle Schüler richten, als Gewaltprävention auszugeben“. (Jetter-Schröder/Matzke/Negrelli und Büchner in der Tagungsdokumentation) Viel wichtiger ist daher, nach Meinung der Vertreter der „Konfrontativen Pädagogik“, die Hinwendung der schulischen Gewaltprävention zu den Mehrfachauffälligen, zu denen, die oft als „unerreichbar“ bzw. als „hoffnungslose Fälle“ bezeichnet werden.

5. Schaffen von Unterstützungsnetzwerken

Auch wenn die Schule wie keine andere Institution geeignet zu sein scheint, gesellschaftliche Aufgaben im Umgang mit mehrfach auffälligen jungen Menschen zu übernehmen, muss sie aber dennoch dabei unterstützt werden. Außerdem hat auch die Gewalt an Schulen viele Ursachen. Deshalb müssen wirksame Strategien gegen Gewalt nicht nur in einem Bereich ansetzen, sondern möglichst viele Bereiche einbeziehen, die gewaltverursachend bzw. – verstärkend wirken können (z.B. Elternhaus, Schule, Gleichaltrige, Medien, Stadtteil). Auf sich alleine gestellt, fühlen sich Lehrer schnell überfordert; sie benötigen vielmehr engagierte Kooperationspartner und wirksame Unterstützungsnetzwerke. Genau an diese Aspekte knüpft das auf der Fachtagung vorgestellte und diskutierte Mannheimer „Interventionsprogramm für verhaltensauffällige Schüler (InvaS)“ und das Berliner Interventionsprogramm „Was tun mit den Schwierig(st)en?“ an. (Jetter-Schröder/Matzke/Negrelli und Büchner/Ziegler in der Tagungsdokumentation).

Übereinstimmung aller Beteiligten bestand darüber, dass es für die betroffenen Schüler egal ist, ob die Anzahl der polizeilich Tatverdächtigen oder die Meldungen der „Gewaltvorfälle“ durch die Schulen im Vergleich zum Vorjahr um 2% gestiegen oder gefallen ist. Die Zahlen sagen nichts über den erzieherischen Bedarf. Nicht die (vorgeworfenen) (Straf-)Taten, sondern der erzieherische Bedarf sollte das entscheidende pädagogische Kriterium nicht nur der Jugendhilfe, sondern auch der Schule sein.

Aus der Sicht aller Beteiligten, kann bereits jetzt ein steigender Bedarf prognostiziert werden: die Risiken und Unsicherheiten im Aufwachsen junger Menschen werden in der Zukunft sicherlich zu nehmen und bereits jetzt sind vor allem Jungen (insbesondere gewalttätige Migranten) von Ausgrenzung betroffen. Gewaltpräventive Angebote und Programme müssen dort bereitgehalten werden, wo sie notwendig sind (Weidner, Jetter-Schröder/Matzke/Negrelli, Toprak, Büchner in der Tagungsdokumentation).

Während der Abschlussdiskussion ging der Vertreter der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport; Dr. Peter Hübner, vor allem auf die Notwendigkeit einer besseren Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte im Umgang mit „schwierigen“ Schülern ein. Obgleich hierfür eine Finanzierung aus dem Landeshaushalt gegenwärtig nicht gegeben ist, sieht die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport angesichts des Problemdrucks durchaus die Möglichkeit, den Fort- und Weiterbildungsbedarf von Lehrkräften mit ESF-Mitteln zu ermöglichen. Die ersten Schritte der Umsetzung eines ESF-Projektes zur Verbesserung der Handlungskompetenz von Lehrkräften sind bereits in Kooperation mit der Hans-Böckler-Schule eingeleitet worden.

6. Neue Handlungsstrategien im Umgang mit den „Schwierig(st)en“ sollten erprobt und evaluiert werden

Bei der Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden nur solche gewaltpräventiven Handlungsansätze vorgestellt, deren Wirksamkeit überprüft worden ist. Eine solche Evaluation ist jedoch die Ausnahme: Über die Vielzahl der Projekte mit dem Ziel der Gewaltprävention, die in den Berliner Schulen seit Beginn der 1990er Jahre realisiert worden sind, gibt es kaum

Erfahrungsberichte, geschweige denn Evaluationen. Fehler können so wiederholt werden und man weiß nur wenig über die Konzeption, Umsetzung und Wirkung der einzelnen Aktivitäten (Büchner in der Tagungsdokumentation).

Zu fordern ist deshalb nicht nur die grundsätzliche Evaluation aller Programme und Maßnahmen schulischer Gewaltprävention, sondern auch ihre Erprobung im Rahmen von Modellvorhaben, die systematisch angelegt und evaluiert werden müssen.

Insgesamt haben die Fachtagung und Beiträge deutlich gemacht: Gewaltprävention an Berliner Schulen ist kein Tabuthema mehr, kann in gewisser Hinsicht sogar schon als „etabliert“ bewertet werden, hat aber nicht nur noch Entwicklungsmöglichkeiten, sondern es sind auch ganz ohne Frage Anforderungen an diese Entwicklung zu stellen. So müssen entsprechende Maßnahmen und Programme im umfassenden Sinne wirklicher Schulentwicklung eingeführt werden – auch im Sinne einer noch weit gehend fehlenden umfassenden und langfristigen Umsetzungsstrategie -, sie müssen sich an alle im schulischen und außerschulischen Bereich Beteiligte und Betroffene wenden und im Rahmen von Unterstützungsnetzwerken differenziert eingesetzt, erprobt, evaluiert und dokumentiert werden.

Wenn die Veranstalter mit ihrer Fachtagung und der vorliegenden Dokumentation einen Beitrag dazu geleistet hat, diese Entwicklung zu fördern und zu befördern, ist eines der angestrebten Ziele erreicht. Doch die Fachtagung hatte sich noch ein weiteres Ziel gesetzt: Dass sich die Gesellschaft und Politik nicht an Gewalt in der Schule und ihre Opfer gewöhnen und/oder nach (kurzen) Betroffenheitsphasen – wenn etwas besonders Aufsehen erregendes geschehen ist – schnell wieder „zur Tagesordnung übergehen“. Möglicherweise könnte auch dieses Ziel erreicht werden: Auf eine etwas andauernde Wirkung lassen jedenfalls die bereits eingeleiteten Konsequenzen der Verantwortlichen in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport ebenso hoffen wie das mit über 700 Tagungsmeldungen starke Interesse, das die Fachtagung erfahren hat.